Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse „Tageblatt", Riesa. **Amtsblatt** Fernsprechstelle Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa

№ 119. Freitag, 26. Mai 1893, Abends. 46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter der kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Annahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Langer & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaction verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Freiwillige Gutsversteigerung.

Auf Antrag der Erben sollen die zum Nachlaß des am 12. März 1893 verstorbenen Gutsbesitzers **Johann August Louis Stiehl** in **Kleinrügeln** gehörigen Grundstücke Fol. 1. 20. 30. des Grund- und Hypothekenbuchs für Kleinrügeln und Fol. 356 desjenigen für Strehla, Nr. 1 des Brandcatasters, welche **61 Acker 73 □R = 33 ha 89,4 a** Fläche enthalten und mit 811,55 Steuereinheiten behaftet sind, mit **lebendem** und **todtem**, zum Betriebe der Landwirthschaft gehörigem Inventare und anstehender Ernte

Mittwoch, den 14. Juni 1893, Vormittags 11 Uhr

im **Nachlaßgrundstücke** in **Kleinrügeln** durch das unterzeichnete Amtsgericht meistbietend versteigert werden.

Das Verzeichniß des mit zur Versteigerung gelangenden Inventars, sowie die Versteigerungsbedingungen hängen an Amtsgerichtsstelle und im Nachlaßgrundstücke aus und können daselbst eingesehen werden.

Riesa, den 20. Mai 1893.

Königl. Amtsgericht.
Kommissionsrath **Sinz.** Str.

Montag, den 29. Mai 1893, Vormittags 10 Uhr

sollen im Gerichtshause hier 1 großer Waarenschrank, 2 Nähmaschinen, 1 Schreibepult, 1 Wäschekorb und 1 Broche mit Steinen gegen sofortige Bezahlung meistbietend versteigert werden.

Riesa, den 24. Mai 1893.

Der Ger.-Vollz. beim Königlichen Amtsgericht.
Secr. **Eidam.**

Mit Genehmigung der Königlichen Amtshauptmannschaft werden wegen grundhafter Herstellung die Communicationswege von Mehltheuer nach Prausitz und beziehentlich von Jahnishausen bis zur Landstraße vom 29. dieses Monats bis 9. Juni d. J. für den Fahrverkehr **gesperrt** und Letzterer über Bahnhof Prausitz, bez. Seerhausen verwiesen.

Mehltheuer, am 24. Mai 1893.

Stephan, Gem.-Vorst.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 28. Mai, von Vormittags ½10 Uhr an sollen meistbietend an Ort und Stelle **20 Stück** am Weida—Riesaer Wege stehende **Pappeln** versteigert, sowie die **Grasnutzung** an sämmtlichen Communicationswegen der Flur **Weida** verpachtet werden.

Weida, den 23. Mai 1893.

Schlag, G.-V.

Bekanntmachung.

Sonntag, den 28. Mai, Nachmittags 3 Uhr soll im hiesigen Patitzschen Gasthofe das **Stein-, Sand-, Wasser-** und **Walzefahren** an die Mindestfordernden vergeben werden.

Weida, den 23. Mai 1893.

Schlag, G.-V.

Anzeigen für das **„Riesaer Tageblatt"** erbitten uns bis spätestens **Vormittags 9 Uhr** des jeweiligen Ausgabetages.

Die Geschäftsstelle.

Tagesgeschichte.

Auswärtige und innere Feinde Deutschlands arbeiten mit vereinten Kräften gegen jede Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft. Die Socialdemokratie, welche an der Spitze der Hetzer wider die Militärvorlage marschirt, hat ihre Helfershelfer in der ganzen Welt mobil gemacht; ihr Centralorgan, der „Vorwärts", brüstet sich damit, daß ihm von den ausländischen Genossen Sympathieerklärungen, sowie insbesondere auch Geldunterstützungen zufließen, um die deutsche Socialdemokratie im Wahlkampfe zu ermuthigen. Wie ferner in der Pfingst-Sonntagsnummer des „Vorwärts" mitgetheilt wird, organisirten in Brüssel, in Gent, Lüttich, auch in Charleroi die Genossen Feste, deren Erträge dem socialdemokratischen Wahlfonds zufließen sollen. Die Executivausschuß-Arbeiterkammer in Rom sendet den deutschen Genossen ebenfalls einen Glückwunsch zum Wahlkampf, wie zugleich aus Frankreich, der Schweiz, England, Spanien, Amerika u. s. w. „sympathische" Erklärungen einliefen. An vielen Orten des „Auslandes" werden außerdem auch noch Geldsammlungen zur Beihilfe bei den deutschen Reichstagswahlen veranstaltet. „Für die Socialdemokraten", so schreibt das obengenannte Blatt, „giebt es kein Ausland." Sie kennen in ihren Anschauungen nur das „Weltbürgerthum" und die „Menschheit." — Proben dieser Art zeigen wohl zur Genüge, welche Ziele die deutsche Socialdemokratie bei ihrem mit ausländischen Hilfsgeldern inscenirten Wahlfeldzug verfolgt; bewiesen wird dadurch zugleich aber auch, mit welcher Sicherheit die ausländischen Feinde Deutschlands auf die Partei der Herren Singer-Bebel-Liebknecht als gefügiges Werkzeug rechnen zu können glauben. Für sie steht allerdings auch bei den kommenden deutschen Reichstagswahlen der Erfolg oder Mißerfolg ihres ganzen, seit dem Tage des Frankfurter Friedensschlusses begonnenen und mit rastlosem Eifer bis zum heutigen Tage fortgesetzten Werkes auf dem Spiele. Sie glaubten, den deutschen Michel schon bis über beide Ohren in sorglose Selbsttäuschung eingelullt zu haben, als die Wachsamkeit der Reichspolitik ihnen mit der neuen Militär-Vorlage einen Strich durch die Rechnung machte, indem sie dem halb verdutzt, halb ungläubig aufhorchenden Volke ein dringliches: „Sei auf Deiner Hut!" zurief. Mit wahrhaftem Schmerz sahen Franzosen und Russen den letzten Reichstag, dessen Mehrheit ihre Geschäfte so trefflich besorgt hatte, aus dem parlamentarischen Dasein scheiden; sie geben indessen die Hoffnung nicht auf, daß ihm aus den bevorstehenden Neuwahlen ein gleicher, vielleicht noch gelehrigerer Nachfolger erstehen werde. Ein in der Vollkraft seiner militärischen Organisation stehendes Deutschland wäre für die Feinde des Weltfriedens gleichbedeutend mit der Vertagung ihrer finsteren Pläne auf eine unbestimmte Zukunft. Darum nur keine mit der Politik der verbündeten Regierungen Hand in Hand gehende Reichstagsmehrheit, sondern eine Mehrheit, welche durch ihr kopflosses Gebahren das Reich womöglich in die schwersten inneren Conflikte stürzt. Von diesem Standpunkte aus werden auch die Geldunterstützungen des Auslandes an die Adresse der deutschen Socialdemokratie erst recht verständlich, denn daß deren Spender nicht an eine Förderung der deutsch-nationalen Interessen dabei denken, versteht sich ganz von selbst. „Die deutschen Socialdemokraten sind international. Ihre Haltung im Reichstage hat dies hundertmal bewiesen." So schreibt der Brüsseler „Peuple", und der Berliner „Vorwärts" nimmt dieses Zeugniß beifällig in seine Spalten auf. — Es ist der Wille der Feinde Deutschlands, uns wehrlos zu machen und dann mit blutigem Schwamm über die glorreiche Aera unserer nationalen Wiedergeburt verwischend hinwegzufahren.

Deutsches Reich. Wie in jedem Frühjahr, so wird auch in diesem wieder eine Begegnung des Kaisers mit dem Zaren angekündigt. Thatsächlich will Kaiser Wilhelm am 29. Juni seine Seefahrt in der Ostsee antreten und der Zar etwa zur nämlichen Zeit Aufenthalt in Seeland nehmen. Ob sich die Monarchen aber begegnen werden, ist fraglich. Vermuthlich wird darüber nun jeden Tag wieder eine der vorangegangenen widersprechende Meldung eintreffen.

Hinsichtlich des vom „Vorwärts" veröffentlichten Briefes des Prinz-Regenten Albrecht an eine unbekannte Excellenz wird dem „Braunschw. Tgbl." jetzt bestätigt, daß jener Brief thatsächlich, wie schon vermuthet, vom Regenten von Blankenburg aus an den General von Winterfeld in Berlin, den derzeitigen Kommandeur des Gardekorps, gerichtet gewesen ist. Wegen der Publikation ist übrigens in Blankenburg eine Untersuchung angestellt worden, und es ist dabei vom dortigen Postdirektor unzweifelhaft die regelrechte Beförderung des unversehrten Briefes erwiesen. Die Indiskretion muß danach in der Reichshauptstadt erfolgt sein.

Im Reichsjustizamt werden, wie verschiedenen Blättern geschrieben wird, alle Vorbereitungen getroffen, um an die Frage wegen Einführung der Berufungsinstanz in Strafsachen herantreten zu können. Diese Angelegenheit wird augenscheinlich zu den ersten Aufgaben gehören, deren Lösung dem neuen Staatssecretär des Reichsjustizamtes zufallen wird.

Die Ankündigung, wonach die Einführung des Branntwein-Monopols bevorstehen soll, ist ohne jede thatsächliche Grundlage. Man wird sich erinnern, daß vor einiger Zeit mehrfach der Gedanke einer Einführung des Roh-Spiritus-Monopols besprochen und namentlich in konservativen Reichstagskreisen warm empfohlen worden ist. Man war seitens der Regierung nicht abgeneigt, den bezüglichen Anregungen näher zu treten; doch ließ man die Sache angesichts erheblicher Schwierigkeiten der Ausführung sehr bald fallen. Es hieß damals, daß die süddeutschen Regierungen vielfach Einwand dagegen erhoben hatten. Seitdem hätten Erörterungen in dieser Richtung nicht wieder stattgefunden und es sei auch schwerlich anzunehmen, daß Neigung vorhanden wäre, jetzt darauf zurückzukommen. Damit hängen wohl die jetzigen Monopolgerüchte zusammen.

Das Antisklaverei-Komitee läßt in der „Nat.-Ztg." verkünden, daß es noch über recht erhebliche Mittel verfüge und auch nach Abgabe des Wißmann-Unternehmens und der sehr umfangreichen Bestände desselben an das Reich noch über genügende Mittel verfügen werde, um seine Arbeiten im nördlichen Theil des Schutzgebietes und besonders am Viktoriasee ungestört auf längere Zeit fortsetzen zu können, ohne dieserhalb auf die Flüssigmachung neuer Geldmittel angewiesen zu sein. — Das würde den früheren eigenen Angaben des Komitees widersprechen.

Von Thorheit, Verlogenheit und Gemeinheit strotzend, ist folgender Wuthausbruch des socialdemokratischen „Vorwärts" gegen den Fürsten Bismarck: „Er kann das — Stöckern nicht lassen. Durch seinen Harden läßt der Fälscher der Emser Depesche (?) jetzt der Welt vorlügen, er sei zu der Denkmalsfeier in Görlitz vom Festcomitee eingeladen worden, habe aber abgelehnt. Wäre er eingeladen worden, dann hätte er nicht abgelehnt. Thatsächlich hat er Monate lang Himmel und Hölle in Bewegung gesetzt, um eine Einladung zu erlangen und — was dazu gehörte — Caprivi und Miquel in die Luft zu sprengen. Herr Harden, alias Witkowski, sollte doch bedenken, daß auch das Lügen gelernt sein will und daß es auch für Reporter seines Schlages eine Grenze des unter anständigen Menschen Erlaubten giebt."

Ein neuer schwerer Schlag hat das Centrum betroffen Ungleich den clericalen Edelleuten Schlesiens, die bis auf Herrn von Schalscha ihren demokratischen Parteigenossen ruhmlos das Feld räumen, ist der Frhr. v. Schorlemer-Alst, der hervorragendste Mann des Centrums, offen gegen die Liebersche Richtung in den Wahlkampf getreten.

Die „National-Zeitung" schreibt: Es sind uns verschiedene Schreiben, zum Theil in sehr heftiger Tonart zugegangen, welche sich gegen den Passus der auch von uns veröffentlichten Oechelhäuser'schen Abschiedsrede an seine Anhaltischen Wähler wenden und den Grafen Caprivi wegen des sogenannten „Uriasbriefes" in soweit in Schutz nehmen, als dieser Brief, „wie jedes Kind wisse, auf Befehl losgelassen worden sei." Wir halten es dagegen für eine von einsichtigen Patrioten scharf zurückzuweisende Aufgabe, auf unsicherster Grundlage Legenden zu bilden, welche der leider allgemein herrschenden Verstimmung gegen die Spitze des Reiches neue Nahrung geben könnte, während wir es für eine patriotische Pflicht halten, derselben entgegenzuarbeiten. Graf Caprivi trägt in constitutionellem Sinne die Verantwortung für jenen Schritt; damit ist die Sache abgethan. Ob hierbei die Subordination des Generals mit dem Verantwortlichkeitsgefühl des Reichskanzlers überhaupt in Conflict gekommen ist, entzieht sich jeder Beurtheilung, mag aber allerdings die Frage von der Bedenklichkeit einer Cumulirung zweier so heterogener Stellungen anregen. Dem thatsächlich das deutsche Volk

SLUB
Wir führen Wissen.